

Wir sagen  
Ja  
zu ihrem  
Nein  
zum  
Krieg ...



## Ganz einfach

Wir, das heißt die »PDS im Bundestag«, legen zur Bewertung ein übersichtliches Maß an. Unsere Fragen lauten schlicht und nachvollziehbar: Zielt das durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen Verabredete auf mehr soziale Gerechtigkeit? Zielt es auf eine militärfreie Außenpolitik? Zielt es auf eine bürgerrechtliche Innenpolitik? Zielt es auf eine nachhaltige Umweltpolitik? Zielt es auf eine wirksame Politik für die neuen Bundesländer?

Sollten Sie in diese Richtungen agieren, dann können Sie mit unserer Zustimmung rechnen. Wenn ich allerdings den Koalitionsvertrag und die heutige Regierungserklärung wäge, dann stelle ich fest, dass Sie überwiegend mit unserem Nein rechnen müssen.

Wir im Bundestag: Petra Pau und Gesine Lötzsch



## Reformen! Wohin?

Das Zitat auf dem Titelblatt ist einer kurzen Erwiderung entnommen. Kanzler Schröder hielt im April 2003 seine Regierungserklärung »Mut zum Frieden und zu Veränderungen!« Er wiederholte, warum sich die rot-grüne Regierung nicht am Krieg gegen den Irak beteilige und er stellte seine »Agenda 2010« vor.

Ich fasste die Meinung der PDS im Bundestag in den knappen Satz: »Wir sagen Ja zu ihrem Nein zum Krieg und wir sagen Nein zu ihrem Ja zum Sozialabbau!« Wir sind grundsätzlich gegen Kriege als Politikersatz. Und wir wollen nicht, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden.

Unbestritten: Wir brauchen Reformen, große. Eine Gesellschaft, die sich nicht bewegt, stellt sich selbst in Frage, allemal in einer dynamischen, globalisierten Welt. Die Frage ist nur: Wohin führen die Reformen?

Die Solidarsysteme, die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenkassen, hatten einst einen guten Gedanken: Gesunde helfen Kranken, Verdienende helfen Arbeitslosen, Reiche helfen Armen. Derweil zahlen Kranke mehr als Gesunde, Arme mehr als Reiche, abhängig Beschäftigte mehr als viele Unternehmer.



Ebenso verquer geht es bei den Steuern zu. »Teufelswerk«, findet die FDP. »Wehe dem, der sie erhöht«, warnen CDU und CSU. Mein Thema sind nicht so sehr hohe oder niedrige Steuern, ich will gerechte. Deshalb: Vermögenssteuer! Sie käme obendrein den immer ärmer werdenden Städten und Kommunen zu Gute, also der Bildung, der Kultur, den Kindern.

■ Petra Pau



A U S D E M B U N D E S T A G

## Ab in die Ecke!

Sie sitzen ganz hinten, links außen. Linker geht es nicht. In der Ecke des Plenarsaals – ein paar Meter neben dem Ausgang. Es zieht. Die Sicht auf die Regierungsbank ist schlecht. Die PDS-Frauen Petra Pau und Gesine Löttsch haben im Bundestag keinen Tisch und kein Telefon. Ihre Akten sortieren sie auf dem Fußboden. Für jeden kurzen Anruf müssen sie raus vor die Tür. Als wären sie die Schmuddelkinder des Parlaments.

Dabei sind Petra Pau und Gesine Löttsch Volksvertreterinnen im besten Sinne des Wortes. Knapp 110.000 Wähler haben den PDS-Frauen ihre Erststimme gegeben und sie direkt in den Bundestag gewählt. Polit-Promis wie CDU-Chefin Angela Merket oder der Grüne Christian Ströbele sind von weniger Menschen in den Bundestag geschickt worden. Trotzdem sind die beiden Politikerinnen Abgeordnete zweiter Klasse. (...)

»Wir wollen nur vernünftig arbeiten können«, sagt Pau. In der vergangenen Sitzungswoche bekamen die PDS-Frauen von der Bundestagsverwaltung schnurlose Telefone und zwei schmale Beistelltische. Schon nach zwei Tagen wurden die Telefone abgeschaltet, die Tische weggestellt. »Das war nur ein Versuch«, heißt es offiziell. »Abgeordnete haben sich beschwert«, glaubt Pau. Sie sitzt auf der Leder-

couch vor dem Plenarsaal und lässt den Bildschirm, über den die Bundestagsdebatte übertragen wird, während des Gesprächs nicht aus den Augen. Die eingeblendete Rednerliste ändert sich ständig. Und Pau muss aufpassen. (...)

Um ihre Redezeit nicht zu verpassen, rühren sie sich manchmal neun Stunden lang nicht vom Fleck. Für solche Tage packt sich Pau den Picknickkorb mit Stullen und einer Thermoskanne Kaffee. Auch sonst fühlen sie sich ausgeschlossen. Als Abgeordnete ohne Fraktion dürfen Pau und Löttsch keine neuen Gesetze vorschlagen. Auch Anfragen sind den Fraktionen vorbehalten. (...)

Pau und Löttsch haben bei Bundestagspräsident Wolfgang Thierse den Antrag gestellt, wenigstens als »Gruppe« anerkannt zu werden. Die PDS-Frauen bekämen dann nicht nur Tisch und Telefon. Sie könnten einen Geschäftsführer bestellen, wüssten besser, was im Bundestag läuft, dürften Gesetzentwürfe einbringen. Und sie bekämen mehr Geld für Personal, Porto und Bücher. Knapp 12.000 Euro stünden den beiden Abgeordneten pro Monat zu, eine vergleichsweise bescheidene Summe: Eine Bundestagsfraktion bekommt als Grundbetrag 279.056 Euro im Monat. Hinzu kommen 5.296 Euro für jeden Abgeordneten.

Doch die Fraktionen haben kein Interesse, die Rechte einzelner Abgeordneter zu stärken, weil

die für Unruhe im Parlament sorgen könnten. (...) Die Meinung ist einhellig. »Zwei sind keine Gruppe«, sagt Erika Simm (SPD), Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses. Auch Hermann Otto Solms, Vizepräsident im Ältestenrat, will den PDSlern nicht helfen. Ein Telefon sei zu teuer ...

■ Autorin: Kerstin Schneider  
Quelle: »Stern« 5. 12. 2002

Das Satiremagazin »extra3« spendierte einen Tisch



## Die Crux mit politischen Lügen

*Im Dezember 2002 setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein. Er soll beweisen, dass SPD-Politiker vor der Wahl gelogen haben. Deshalb heißt er auch volkstümlich »Lügenausschuss«. Für die PDS sprach Petra Pau.*

Ich bleibe dabei: Würde der legendäre Baron Münchhausen noch erleben, dass sich ausgerechnet die CDU/CSU einen Lügenausschuss wünscht, er würde sich wohl tot lachen.

Vieles ist ohnehin eine Frage der Maßstäbe: Sie halten es für gut, dass die PDS ihr Versprechen gebrochen hat, in Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen. Ich finde das schlimm. Übrigens nicht nur für die PDS, sondern für alle, denen die herrschende Politik zu kapitalhörig ist.

Überhaupt ist es mit der politischen Lüge so eine Sache. Ich will Ihnen das an zwei Beispielen verdeutlichen.

Bereits vor der 98er Wahl hatte die SPD versprochen, sie wolle mehr direkte Demokratie einführen. Die PDS hatte ein entsprechendes Gesetz eingereicht, war damit aber auch an Rot-Grün gescheitert. Damit steht die PDS ehrlich, aber ohne Erfolg da. CDU/CSU wiederum stehen ehrlich und erfolgreich da, denn sie wollte auf Bundesebene noch nie mehr Demokratie.



Bereits vor der 98er Wahl hatte die SPD versprochen, sie wolle die großen Vermögen in die soziale Pflicht nehmen. Die PDS fordert noch immer die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, bislang wiederum vergeblich. Wieder steht die CDU/CSU scheinbar ehrlich da, denn die offensichtliche Steuer-Ungerechtigkeit ist ihr Programm.

Bleibt die Frage: Wer braucht einen solchen Lügen-Ausschuss? Der Volksmund ist sich einig: »Vor der Wahl und nach der Jagd wird am meisten gelogen.« Anders gesagt: Die Wählerinnen und Wähler wissen es, sie brauchen dafür keinen Untersuchungs-Ausschuss. Noch wichtiger finde ich: Ein Lügenausschuss würde keinerlei Beitrag leisten zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, zur Sicherung solidarischer Sozialsysteme, zur Wahrung des Friedens, welt-weit. Deshalb lehnen wir ihn ab!

## Ein Grüner trauert um die PDS

Der Grünen-Politiker Werner Schulz beklagt den Bedeutungsverlust der PDS. Mit der PDS-Fraktion »sind auch wichtige Themen aus dem Bundestag verschwunden, vor allem die Ost-Themen«, sagte der frühere DDR-Bürgerrechtler der Berliner Zeitung. Es bestehe die große Gefahr, dass diese im Plenum nun immer weniger zur Sprache kämen ...

■ Aus: »Berliner Zeitung«, 2. 1. 2003

Mit Fliegerkosmonaut Sigmund Jähn im Berliner FEZ



Mit Schauspieler  
Wolfgang Völz  
am Potsdamer Platz



## Bayerischer Zwischenruf

Nun noch ein Wort an die CSU. Ich habe in Debatten hier schon mehrfach gesagt, dass ich zwölf gute Gründe kenne, ja nicht CSU zu wählen, und dass der 13. Grund Beckstein heißt. Bayerns Innenminister hat bereits vor Wochen gewarnt – nicht vor einem Krieg gegen den Irak – sondern vor Kriegsflüchtlingen aus dem Irak. Sie sollten, so Beckstein, »menschenswürdig in der Kriegsregion untergebracht werden«. Heute lese ich, dass er außerdem irakische Bürger, welche auf dem Gebiet Bayerns leben, durch den Staatsschutz überwachen lassen will. Ich weiß wirklich nicht, was ein solcher Zyniker im Beichtstuhl erzählt. *(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Er ist evangelisch und geht deswegen nicht zur Beichte!)*

■ BT, 19. 3. 2003

## Mein Wahlkreis

Marzahn-Hellersdorf liegt im Nordosten der Hauptstadt. Hier haben rund 250.000 Berlinerinnen und Berliner ihre Heimat.

Marzahn wurde 1979 neu begründet, Hellersdorf anno 1986, beide im Zuge des Wohnungsbauprogramms der DDR. Dadurch prägen rund 100.000 Plattenwohnungen das Bild vom Bezirk. Sie wurden inzwischen fast alle saniert und modernisiert.

Die Geschichte der fünf »Dörfer«, Biesdorf, Hellersdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn sowie Friedrichsfelde-Ost, reicht indes bis ins 13. Jahrhundert zurück. Damals siedelten germanische und slawische Stämme in der Nähe des Flüsschens »Wuhle«.

Wer über Marzahn-Hellersdorf redet und von nur »Platte« spricht, war noch nie da. Zumal: Zwei Drittel des Territoriums sind so genannte Siedlungsgebiete mit Ein- oder Zweifamilienhäusern und noch mehr Grün.



Seit Mitte der 90er Jahre stellt die PDS den Bezirksbürgermeister und weitere Stadträtinnen bzw. -räte. Auch mein parlamentarisches Engagement begann hier, wo ich

wohne: Erst in der Bezirksverordnetenversammlung, später wurde ich ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und 2002 gaben mir 52.876 Wählerinnen und Wähler ihre Direktstimme für den Bundestag.

Marzahn-Hellersdorf ist liebenswert, aber mitnichten eine Idylle. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Bezirkskasse leer, vielen kulturellen und sozialen Einrichtungen droht das Ende. Vordergründig steht die rot-rote Landesregierung in der Kritik. Die wiederum hat eine unglaubliche Berliner Schuldlast abzutragen. Sie wurde der Stadt unter Führung der CDU eingebrockt. Hinzu kommt: Greifen die Steuerpläne der rot-grünen Bundesregierung, dann geht es den Ländern und Kommunen noch schlechter als ohnehin.

Die bayerische Metropole München hat vor Jahresfrist »Pleite« gemeldet. Köln schließt Bäder und Bibliotheken. Auch das amtliche Marzahn-Hellersdorf weiß nicht mehr ein noch aus. Im Bezirk regt sich politischer Widerstand, zu Recht.



Allgemein gilt: Presseerklärungen sind die drittschärfste Waffe, derer sich Abgeordnete bedienen. Zumeist sind sie todernst und oberwichtig, wie ihre Absender. Aber auch hier gibt es Ausnahmen von der Regel:

## **Familienfeindlich, ungerecht, hinterlistig**

*Die Bundesregierung will die Mehrwertsteuer für Katzen- und Hundefutter von bislang 7 auf künftig 16 Prozent anheben. Dazu erklärt Petra Pau, haustierpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag, am 15. 1. 2003:*

Die geplante Erhöhung wird mit »Mehreinnahmen« und »Gleichbehandlung« begründet.

Dabei wird unterschlagen:

Hündinnen und Hunde sowie Katzen und Kater galten bislang als Sozial-Partnerinnen und -Partner. Deshalb wurden sie steuerbegünstigt. Die geplanten Mehreinnahmen durch Preiserhöhungen für spezifische Grundnahrungsmittel sind daher familienfeindlich.

Die vermeintliche Gleichbehandlung ist für Millionen Frauchen und Herrchen eine Verschlechterung. Eine Alternative wäre, die zu hohe Mehrwertsteuer für Fisch- und Vogelfutter zu halbieren. Der rot-grüne Vorschlag hingegen ist sozial ungerecht.

Er ist obendrein hinterlistig. Katzen und Hunde verfügen de facto auch über kein Streikrecht.

Rot-Grün saniert sich wieder einmal auf dem Rücken Wehrloser.

## Lachnummer »Pop-Quote«

*Die Phonoverbände fordern eine Mindest-Quote für deutsche Musik im Radio. Zu den Unterstützern gehört unter anderen Bundestagspräsident Thierse. Dazu erklärt Petra Pau, pop-politische Sprecherin der PDS im Bundestag, am 22. 6.*

*2003:*

Die Befürworter unterschlagen, dass es einschlägige Erfahrungen mit einer Pop-Quote bereits in der DDR gab. 60-Prozent-Ost und 40-Prozent-West hieß das staatliche Gebot, an das sich niemand hielt.

Was schon zu Zeiten des guten alten Dampf-radios nicht klappte, wurde mit der Verbreitung von Kassettenrekordern endgültig hilflos. In Zeiten des Internets wäre eine deutsche Pop-Quote nur noch eine Lachnummer.

## Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!

*Die Arbeitnehmer sollen wegen der Konjunkturlage in den kommenden fünf Jahren 500 Stunden unbezahlte Arbeit leisten, fordert DIHK-Chef Braun. Dazu erklärt Petra Pau, PDS im Bundestag, am 19. 6. 2003:*

Die Grund-Idee ist alt. Sie wird einem gewissen Wladimir Iljitsch Lenin zugeschrieben und wurde nach der Oktoberrevolution unter dem Kürzel »Subbotnik« praktiziert.

## Was ich mag ...

### 1. Beim Aufwachen

Wenn die Sonne über Hellersdorf  
mich wachkitzelt.

### 2. Beim Autofahren

Eine große Tüte Gummireis als Nervennahrung  
neben mir.

### 3. An meinem Alter

Viele staunen, was eine junge Frau alles  
zu erzählen hat.

### 4. An meiner Wohnung

Die Ausblicke: KitaKinder auf dem Hof,  
das Wuhletal.

### 5. Nachts

Zuhause mit einem Faye-Kellerman-Krimi  
einschlafen.

### 6. An meiner Familie

Sie ist da, wenn sie gebraucht wird.  
Und umgekehrt.

### 7. An Berlin

Hier habe ich meine Wurzeln, zugleich  
ist es jeden Tag neu.

### 8. An Deutschland

Hier bleibt mir noch viel zu entdecken.

### 9. Einen Satz, den ich gern öfter hören will

Du hast Dir eine Woche im Allgäu  
längst verdient.

### 10. Und sonst...

Erna. Sie wohnt in Kunsterspring.

## Was ich nicht mag ...

### 1. An meinem Beruf

Die fehlende Zeit, alles bis zum Ende zu bringen.

### 2. Beim Autofahren

Mich nerven auf der Autobahn rechts überholende Männer.

### 3. An meinem Alter

Es entwickelt sich immer nur in eine Richtung.

### 4. An meiner Wohnung

Dass ich immer noch fünf Etagen zu Fuß erklimmen muss.

### 5. An der Liebe

Da fällt mir nix ein.

### 6. Im Fernsehen

Sponsorennachweise für Nachrichten und Wetterbericht.

### 7. Beim Essen

Sonntags um 12 Uhr anrufende Journalisten.

### 8. An Deutschland

Dass die Deutschen anderswo oft lauter sind als zu Hause.

### 9. Am Kanzler

Dass er sich nicht traut, die Schläfen zu färben.

### 10. Und sonst...

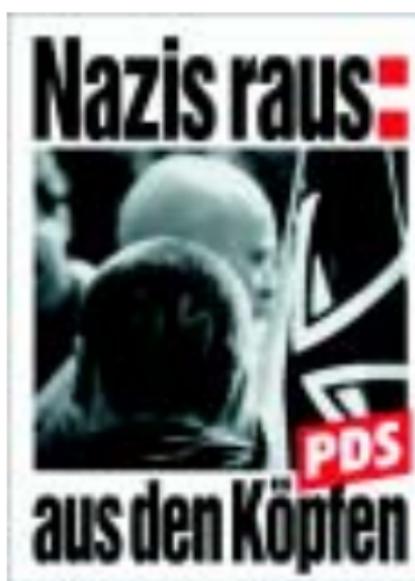
Das haben wir schon immer so gemacht – kein Tisch für Sie.

■ Tagesspiegel, 9. 3. 2003, Wochenend-Interview

## Täglich Gewalt-Opfer

»Immer wieder stoße ich auf schiere Unkenntnis oder lähmende Gutgläubigkeit, wenn ich unterwegs bin, um über die Gefahren des Rechtsextremismus und über Alltagsstrategien für Toleranz und Demokratie zu diskutieren.

Monatlich frage ich die Bundesregierung nach



ihren Erkenntnissen über rechtsextreme Straftaten. Damit setze ich eine Serie fort, die lange vor meiner Bundestagszeit durch die PDS begonnen wurde. Die Ergebnisse sind erhellend, ja erschreckend. Im Schnitt werden monatlich etwa 500 rechts-extreme oder

fremdenfeindlich motivierte Straftaten registriert. Täglich gibt es mindestens eine Gewalttat, die zur Anzeige kommt.

Die reale Zahl und das Leid der Opfer sind unermesslich höher. Über die Zahl der Todesopfer in den letzten zehn Jahren wird gestritten. Sie liegt auf jeden Fall bei einhundert und mehr.«

■ Petra Pau in »DISPUT« 5/2003, der Mitgliederzeitschrift der PDS

## Gerechte Steuern

Nun zur Mehrwertsteuer. Sie diskutieren über die Höhe der Mehrwertsteuer. Uns bewegt, was über die Mehrwertsteuer tatsächlich politisch gesteuert werden könnte. Das führt uns zu ganz anderen Fragen. Zum Beispiel: Warum erheben wir nicht endlich für Reparatur- und Handwerksleistungen den halben Steuersatz? Es würde kleinen Betrieben helfen und der Mentalität begegnen, einen defekten Kühlschrank wegzuworfen, anstatt ihn reparieren zu lassen. Eine andere Frage: Warum erheben wir nicht den doppelten Steuersatz auf Luxusgüter? Wer sich einen »Porsche plus« leisten kann, den ruinieren ein paar Prozente mehr Mehrwertsteuer nicht. Das erzielte Plus könnte helfen, beispielsweise den Steuersatz für die Schulspeisung zu senken. Sagen Sie bitte nicht, das sei alles viel zu kompliziert und ohnehin rechtlich versiegelt. Die EU hat bereits 1999 den Weg dafür geebnet, die Mehrwertsteuer intelligenter zu händeln.

Sie merken, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Wir reden über dasselbe Thema. Aber wir reden nicht über dieselbe Absicht. Sie wollen weniger Steuern. Wir wollen gerechte Steuern. Das ist der wesentliche Unterschied. *(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dr. Hermann Otto Solms [FDP]:  
Sie meinen damit mehr Steuern!)*

■ BT, 31. 1. 2003

## **Drinnen und Draußen**

Ich bin Mitglied im Innenausschuss und stellvertretend im Haushaltsausschuss. In den folgenden Parlamentariergruppen arbeite ich mit:

- Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe
- Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe
- Deutschland-USA
- Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe
- Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Außerdem bin ich

- Mitglied im Kuratorium der Stiftung Deutsches Holocaust-Museum
- Mitglied im Heimatverein Mahlsdorf/Kaulsdorf/Hellersdorf
- Mitglied im Förderverein des Jüdischen Museums
- Mitglied in der überparteilichen Fraueninitiative Berlin
- Mitglied »Frauen in Berlin« im Förderkreis Politische Rhetorik
- Fördermitglied der RIAS-Big-Band
- Fördermitglied des Berliner Kulturvereins ACUD
- Fördermitglied der Genossenschaft »Stadtbad Oderberger Straße«
- Fördermitglied des Tierpark Berlin



## Mobil und links

Das Wahlmobil leistet als rollendes Bundestagsbüro gute Dienste – egal, ob es nach Bayern oder Bremen, zum Kirchentag oder zum Kinderfest geht. »Für so manchen ist es auch wie eine Erinnerung. Klar, da sind ja noch die zwei PDS-Frauen«, schmunzelt Petra Pau und fügt hinzu: »Außerdem wollen wir 2006 in Fraktionsstärke zurückkehren. Denn ohne eine starke, linke Opposition fehlt dem Bundestag schließlich das Wichtigste!«

## Das Team



## **Bundestags-Büro**

Unter den Linden 50, Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 22 77 10 95

Fax: (030) 22 77 00 95

e-mail: [petra.pau@bundestag.de](mailto:petra.pau@bundestag.de)

## **Wahlkreis-Büro**

Henny-Porten-Straße 10, 12627 Berlin

Tel.: (030) 99 28 93 80

Fax: (030) 99 28 93 81

e-mail: [petra.pau@wk.bundestag.de](mailto:petra.pau@wk.bundestag.de)

## **PDS im Bundestag**

Karl-Liebknecht-Haus,

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin-Mitte

Tel.: (030) 24 00 94 97

Fax: (030) 24 00 93 10

## **Impressum**

Redaktion | Petra Pau (V.i.S.d.P.)

Grafik | Thomas Herbell

Fotos | Axel Hildebrandt, Carlos Katins

Druck | MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Auflage | 10 000

... und  
wir sagen  
Nein  
zu ihrem  
Ja zum  
Sozialabbau!«

Petra Pau  
zu Bundeskanzler  
Gerhard Schröder

**PDS**  
**IM BUNDESTAG**